

## Vorlage Stadtparlament

Datum 8. August 2017  
Beschluss Nr. 725  
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Veronika Meyer: Altersvorsorge für Kulturschaffende; Beantwortung

Am 12. Mai 2017 reichte Veronika Meyer die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Altersvorsorge für Kulturschaffende" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Die Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten (KBK), eine Fachkonferenz der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), hat gemeinsam mit der Städtekonferenz Kultur (SKK) und dem Schweizerischen Städteverband (SSV) eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Handlungsmöglichkeiten der Städte und Kantone aufzeigt, um die soziale Sicherheit der Kunst- und Kulturschaffenden zu verbessern. Die Stadt St.Gallen ist mit dem Stadtpräsidenten bzw. der Leitung der Fachstelle Kultur in beiden Gremien vertreten.

Eine obligatorische Lösung würde eine gesetzliche Regelung in den kantonalen Kulturförderungsgesetzen voraussetzen. Da sich die Situation in den einzelnen Kantonen, Städten und Gemeinden erheblich unterscheidet, ist eine Handlungsempfehlung für eine freiwillige Praxis im Sinne eines Minimalstandards zielführend. Der Entscheid über die Umsetzung liegt schliesslich bei den einzelnen Städten. Die von der SKK erarbeitete Handlungsempfehlung lautet:

Selbstständig erwerbende Kunst- und Kulturschaffende	Angestellte Kunst- und Kulturschaffende
Bei Finanzhilfen aller Art (Gagen, Projekt- und Werkbeiträge, Preise etc.) leistet die Stadt oder Gemeinde einen Beitrag an die gebundene Vorsorge des oder der Kunst- und Kulturschaffenden (2. oder 3. Säule), sofern die unterstützte Person ebenfalls einen Beitrag in ihre Vorsorge einzahlt. Der Beitrag der Stadt oder Gemeinde ist gleich hoch, jedoch maximal 6 Prozent der Finanzhilfe. Aus praktischen Gründen kommt diese Massnahme erst ab einer Finanzhilfe von 10'000 Franken pro Jahr und Person zur Anwendung.	Die Stadt oder Gemeinde wirkt bei den von ihr unterstützten Organisationen und Institutionen darauf hin, dass den von diesen beschäftigten Kunst- und Kulturschaffenden die Möglichkeit einer Vorsorgelösung ab dem ersten Franken offen steht. Sofern die Kunst- und Kulturschaffenden nachweisen, dass sie bei einer Einrichtung der beruflichen Vorsorge Beiträge entrichten, leistet auch der Arbeitgeber den entsprechenden Beitrag, jedoch maximal 6 Prozent.

## 2 Zu den einzelnen Fragen

### 2.1 Ist es geplant, dass die Stadt St.Gallen das oben skizzierte Modell zugunsten der Altersvorsorge von Kulturschaffenden analog wie PH und BAK (bei Beiträgen von CHF 10'000 und mehr pro Person und Jahr) übernimmt?

Die Stadt St.Gallen folgt seit Anfang 2017 der Handlungsempfehlung bzw. dem Leitfaden der SKK (siehe Beilage) und gewährleistet damit den freiwilligen Minimalstandard. Die entsprechenden, zusätzlich zum Projekt- oder Personenunterstützungsbeitrag ausgerichteten Beiträge von prognostizierten durchschnittlich rund CHF 6'000 jährlich werden aus dem Kulturbudget bzw. aus dem Konto Förderung des aktuellen Kulturschaffens (2097.36515) finanziert.

Selbstständig erwerbende Kunst- und Kulturschaffende: Die Fachstelle Kultur (FSKU) informiert die betroffenen Kulturschaffenden bei Erreichen des Minimalunterstützungsbeitrags von CHF 10'000 über das Vorgehen. Erstmals betrifft die Regelung die Empfängerinnen und Empfänger der städtischen Werkbeiträge, welche am 13. November 2017 übergeben werden. Zudem gilt die Regelung für die Gewinnerinnen und Gewinner der alle zwei Jahre ausgerichteten Förder- und Anerkennungspreise (13. November 2017) wie auch die Gewinnerin oder den Gewinner des alle vier Jahre ausgerichteten Kulturpreises (Herbst 2018) der Stadt St.Gallen. Sollte es vorkommen, dass eine Einzelperson CHF 10'000 oder mehr für ein Projekt erhält, so wird die Regelung auch hier greifen. Im Normalfall sind es jedoch Gruppen, die höhere Projektbeiträge erhalten. Hier greift die Regel für angestellte Kunst- und Kulturschaffende: Die FSKU prüft im Gesuch, ob Vorsorgebeiträge geleistet werden – was bisher bei professionellen Kompagnien oder Institutionen immer der Fall war. Sollte aus dem Gesuch keine Absicht hervorgehen, Angestellten einen Beitrag an die gebundene Vorsorge auszurichten, so wird der Unterstützungsbeitrag der Stadt an die Auflage gebunden, dass entsprechende Zahlungen geleistet werden. Zudem werden die bis Ende 2017 zu erarbeitenden Leistungsvereinbarungen der Stadt St.Gallen mit subventionierten Kulturinstitutionen einen entsprechenden Passus enthalten, wonach die Angestellten auf die Möglichkeit einer Vorsorgelösung hingewiesen werden müssen.

### 2.2 Wenn ja, auf welches Datum hin ist dessen Umsetzung geplant?

Die Stadt St.Gallen richtet sich seit 1. Januar 2017 nach der Handlungsempfehlung der SKK. Handlungsbedarf gibt es aber erst mit der Ausrichtung der Werkbeiträge bzw. verschiedenen Preise der Stadt im Herbst 2017. Projektbeiträge in Höhe von CHF 10'000 oder mehr betrafen seit Anfang 2017 keine Einzelpersonen.

### 2.3 Welche Preise, Förderbeiträge etc., welche die Stadt St.Gallen vergibt, betragen CHF 10'000 und mehr? Kann es auch vorkommen, dass eine Person pro Jahr aus verschiedenen Fördertöpfen insgesamt CHF 10'000 oder mehr unterstützt wird, so dass dann ebenfalls das Modell von BAK und PH zur Anwendung kommen sollte?

Die relevanten Beiträge der Stadt sind:

Rhythmus (Jahr)	Art des Beitrags	Anzahl	Beitrag pro Art in CHF
1	Werkbeitrag	6	10'000
2	Anerkennungspreis	1	20'000
2	Förderpreis	4	10'000
4	Kulturpreis	1	30'000

Theoretisch ist es möglich, dass eine Kulturschaffende oder ein Kulturschaffender in einem Jahr einen Projektbeitrag sowie einen Preis oder mehrere Projektbeiträge erhält. Grundsätzlich werden die von der Stadt ausgerichteten Kulturbeiträge pro Jahr und Person kumuliert und entsprechende Beiträge an die berufliche Vorsorge ausgerichtet, sofern der oder die Kulturschaffende die Bedingungen erfüllt. Die FSKU wird per Ende Jahr jeweils eruieren, wer von der Regelung betroffen ist. Die Regelung tritt lediglich bei der Projekt- oder Personenförderung durch Kulturgelder in Kraft.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilagen:  
Einfache Anfrage vom 12. Mai 2017  
Leitfaden zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen (Version 1.0)\*